

Die Bauernkrieger wurden verraten und gehängt

Geschichtspolitik 375 Jahre danach Eine Stätte soll an die hingerichteten Bauernkrieger von 1653 erinnern. Entdeckt die Rechte ihre Opfer der Geschichte?

Bernhard Ott

Die Forderung kam zuerst von den Nachfahren des Bauernführers Bendicht Spring. Dann wurde sie von bernischen Grossratsmitgliedern von SVP und EDU erhoben. Und nun ist es ein Verein mit dem Namen «In Memoriam 1653 – Rehabilitation der frühen Demokratiebewegung», der die Rehabilitierung der Bauernführer verlangt, die 1653 von der Berner Obrigkeit hingerichtet wurden.

Zu diesem Zweck soll ein Gedenkort in der Stadt Bern eingerichtet und ein Programm mit Veranstaltungen zum 375. Jahrestag des Bauernkriegs im Jahr 2028 zusammengestellt werden.

Der Verrat des Ancien Régime an den Bauern

Der Verein sieht im Bundesbrief, den die aufständischen Bauern am 14. Mai 1653 in Huttwil verabschiedeten, nichts weniger als die eigentliche «Gründungserzählung der heutigen modernen Schweizer Demokratie». So forderten die im Huttwiler Bund vereinigten Untertanen aus Bern, Luzern, Solothurn und Basel nicht nur tiefere Steuern und Abgaben, sondern auch Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Mitspracherecht und die Ablehnung willkürlicher Herrschaft. Zudem gelobten sie, sich gegenseitig zu unterstützen.

Der Tropfen, der das Fass überlaufen liess, war eine Abwertung des Berner Batzens, die die Bauern um ihr Vermögen brachte. Die Aufständischen belagerten die Stadt Bern. Daraufhin kam die Obrigkeit im Murfeldvertrag ihren wirtschaftlichen Forderungen entgegen. Im Gegenzug verzichteten die Bauern auf politische Anliegen und legten ihre Waffen nieder.

Doch die (un)gnädigen Herren des Ancien Régime hielten sich nicht an ihr Wort, sondern liessen die Bauern niedermetzeln und Gefangene hinrichten. Im Aufstandsgebiet wurden 45 «Rädliführer» gehängt oder geköpft, 23 davon in Bern, die meisten wohl auf dem Galgenfeld.

Zur Abschreckung liess man die Opfer so lange hängen, bis sie in Stücke fielen. Vor dem Bau der Siedlung Schönberg Ost wurden bei Notgrabungen Massengräber mit den sterblichen Überresten von über 400 Personen gefunden. Einige davon konnten auf die Zeitperiode im 17. Jahrhundert datiert werden.

Dieser Ungerechtigkeiten soll nun wieder gedacht werden. Der Berner Regierungsrat stellt zwar nicht in Abrede, dass der Einsatz der Anführer des Bauernkrieges «einen positiven Einfluss auf die Entwicklung hin zur Demokratie hatte», wie er in der Antwort auf den SVP/EDU-Vorstoss schreibt. Aber eine Rehabilitierung der Bauernführer sei «nicht sachgerecht».

Angst vor «ausufernder Rehabilitationspraxis»

Denn die Verhältnisse von einst liessen sich «nur bedingt mit heutigen Massstäben messen».



Exekution von sieben aufständischen Bauern in Basel im Jahr 1653. Im Vordergrund eine Hinrichtung mit dem Schwert. Im Hintergrund rechts der Galgen. 23 solcher Exekutionen im Bauernkrieg führte auch die bernische Obrigkeit durch. Bild: Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung und Fotoarchiv

Vor der Aufklärung hätten in ganz Europa Untertanenverhältnisse bestanden. Auch habe die damals praktizierte Strajustiz «dem damals geltenden Recht entsprochen». Mord und Totschlag sowie die Teilnahme an Aufständen seien mit der Todesstrafe geahndet worden.

So hätten die Behörden bis zur Abschaffung der Todesstrafe 1861 «Hunderte von Menschen hingerichtet». Diese Exekutionen seien aus heutiger Sicht Unrecht. Der Regierungsrat befürchtet, dass die Rehabilitierung einzelner Anführer des Bauernkrieges eine «ausufernde Rehabilitationspraxis» auslösen könnte, was das Instrument entkräften würde.

Historiker André Holenstein hält diese Bedenken für berechtigt. In der Geschichte könne man «ewig Opfer finden» und damit Forderungen in der Gegenwart begründen.

Zudem habe es neben Hinrichtungen auch Hunderte von Bestrafungen durch Zwangsverschickungen in venezianische Galeeren oder hohe Bussen gegeben. «Mit der Rehabilitierung einiger weniger Anführer wäre es nicht getan.» Wie der Regierungsrat hält auch der emeritierte Berner Geschichtspräsident diese Kriterien für unstatthaft. Die Staatsformen, Normen und Rechtssysteme seien nicht vergleichbar. «Auf Hochverrat stand damals immer die Todesstrafe.»

Bemerkenswert finde er, dass Forderungen nach Rehabilitierung nun aus dem rechten politischen Spektrum kämen. «Das kennt man sonst eher von der linken, woken Seite.» Es mache den Anschein, als ob die Rechte von linken Forderungen nach ei-



Professor André Holenstein: «Es gibt keine naive Geschichtspolitik.» Foto: Raphael Moser

ner Aufarbeitung der kolonialen Verstrickung des Ancien Régime gelernt habe. Grossrat Johann Ulrich Grädel (EDU), Präsident des Vereins In Memoriam 1653, stellt diesen Bezug denn auch explizit her: «Wenn der Kanton Bern Verantwortung für die koloniale Vergangenheit übernimmt, sollte er auch die eidgenössische Freiheitsbewegung würdigen.» Beides gehöre zu einer «ausgewogenen Erinnerungskultur», so Grädel.

«Es gibt keine naive Geschichtspolitik», sagt Holenstein. Hinter historisch begründeten Forderungen stünden immer auch politische Interessen in der Gegenwart.

SP-Mann sieht Huttwil als neues Rütli

Für einzelne Bauernführer gibt es bereits heute Denkmäler – etwa für Niklaus Leuenberger in Rüderswil, Huttwil und Sumiswald.

Sowohl In Memoriam 1653 als auch die Motionäre um Nils Fiechter (SVP) fordern aber eine zentrale Gedenkstätte in der Stadt Bern. Fiechter verweist darauf, dass die Stadt das Galgenfeld einst klammheimlich in Schönberg Ost umbenannt habe, als es darum ging, eine Überbauung für die obere Mittelschicht auf den einstigen Massengräbern zu bauen.

«In der Stadt gibt es keine Sensibilisierung für das Unrecht, das dort einst begangen wurde.» Wie auch der Verein betont Fiechter aber, es gehe nicht um Ideologie. «Es geht um das Gedenken an einen einzigartigen, markanten Wendepunkt in der Geschichte der Schweiz.»

Diesen Satz kann auch Adrian Wüthrich unterschreiben. Der SP-Gemeindepräsident von Huttwil ist der einzige Linke im Vorstand von In Memoriam 1653. «Soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie sind absolut linke Anliegen und gerade heute aktueller denn je.» Ihm sei wichtig, dass Huttwil im Verein vertreten sei und als Gemeindepräsident sei er für das Standortmarketing verantwortlich.

Wüthrich stellt nicht in Abrede, dass er aus Huttwil eine Art neues Rütli machen möchte. Eine Idee ist, den Huttwiler Bundesbrief auszustellen. Eine andere Idee ist die Errichtung einer Statue von Niklaus Leuenberger in Huttwil, die «ebenso gross ist wie die Tell-Statue in Altdorf». Ihm gefalle insbesondere, dass Leuenberger als «Bauerngeneral» stets eine rote Weste getragen habe, sagt der SP-Politiker mit ironischem Unterton.

Nicht nur die Ticketpreise explodierten

Adelboden Der Ansturm auf die Tickets für die Riesenslalomtribüne ist enorm. Im Nu waren sie weg. Warum aber schlugen die Preise innert weniger Jahre um bis zu 39 Prozent auf?

Der Adelbodner Riesenslalom und dessen Dominator Marco Odermatt mobilisieren die Massen. Der Klassiker am Chuenisbärgli geht am 10. Januar 2026 zum 70. Mal über die Weltcup-Bühne. Tags darauf steigt der Slalom.

Gestern um 8 Uhr startete der Vorverkauf. Weil die Nachfrage nach Tickets enorm sei, wie es im Communiqué heisst, wurde «die Kapazität im Hexenkesel» erhöht. Die Tribüne war mit ihren rund 5500 Plätzen bereits die grösste im Skizirkus – nun wächst sie dank baulicher Anpassungen um weitere 500 Plätze an.

«Wir wollen möglichst vielen Skifans dieses einzigartige Gefühl ermöglichen», so Weltcup-Geschäftsführer Christian Haueter. Im Januar hatte er betont, dass der Anlass nur noch qualitativ wachsen soll. Ein Widerspruch? «Nein, das Erlebnis wird nicht beeinträchtigt.»

Die Gesamtzuschauerzahl bleibt auf 25'000 gedeckelt. Die Anzahl Stehplätze, die sogenannten Fanzonentickets, wird um 500 Stück reduziert. «Qualität steht über Quantität.»

Weltcup als Luxusprodukt?

Die hat offenbar ihren Preis; die Ticketpreise sind in den letzten Jahren explodiert. Kostete der Tribünenplatz für den Samstag im Jahr 2020 noch 90 Franken, sind es nun deren 125. Das entspricht einem satten Plus von 38,9 Prozent. Der Stehplatz am «Riesen» stieg in derselben Zeitspanne von 55 auf 70 Franken (+27%). Günstiger sind die weniger stark gefragten Slalom-Tickets.

Den Vorwurf der Geldmachelei, indem noch mehr hochpreisige Tribünen- als günstige Stehplätze verkauft werden, lässt Christian Haueter nicht gelten. Mit den zusätzlichen Bauten sei der finanzielle Aspekt kein grosser mehr. «Fakt ist, dass wir in der Renn- und Infrastrukturumsetzung massive Kostenschübe haben.»

Er nennt Zahlen. 2020 – bei den letzten Rennen vor Corona – beliefen sich die Gesamtkosten auf rund 5,85 Millionen Franken. Bei den letzten Rennen 2025 waren es rund 8 Millionen. Das entspricht einer Zunahme von 37 Prozent. Kostentreiber waren laut Haueter unter anderem die Pandemie oder der Sprung bei den Energiepreisen 2022/23.

Bei den letzten Rennen stand Adelboden auch wegen unzufriedener Gäste im Fokus. Rund 5 Prozent der Billettkäufer – bei 39'000 Besuchenden gegen 2000 – meldeten sich wegen abgetauschter Rennen beim OK. Wegen des schlechten Wetters war der Riesenslalom am Sonntag gefahren worden. Die Macher sprachen sich gegen eine Rückerstattung aus.

Die Skifans nehmen das Risiko offenbar in Kauf, wie sich im Vorverkauf zeigte. «Um 9 Uhr waren die Tribümentickets für Samstag bereits vergriffen», erklärte Christian Haueter.

Jürg Spielmann